

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Verkündigungsblatt der Königl. Forstämter Wildbad, Meistern etc.

Bestellgebühr in der Stadt Neuenbürg (M.) 20 monatlich 20 Pf., von auswärtig 30 Pf., die Kleinpostige
Baronhelle oder deren Anz. Restanten 25 Pf., die Poststelle.
Bei allen württembergischen Postämtern und Postboten im Kreis-
und Nachbarortsverkehr vierteljährlich M. 1.00, außerhalb des
vierteljährlich M. 1.20, vierteljährlich 30 Pf.



Nr. 276

Mittwoch, den 22. November 1916.

33. Jahrgang

Unberechtigte Mißstimmung.

Es wird uns geschrieben:

Es ist in letzter Zeit verschiedentlich angeregt worden, die Reichsbank zu reorganisieren, der Goldwarenindustrie volla Gold mehr zur Verarbeitung von Bijouteriewaren herauszugeben, es sei denn, daß diese in das Ausland ausgeführt werden, und das Gold bei den Juwelieren zu beschlagnahmen. Diese Anregungen knüpfen an eine gewisse Mißstimmung an, die sich aus Anlaß der Goldschmucksammlung im Lande gebildet hat und die in dem Gefühl wurzelt, es ginge nicht an, daß die Reichsbank das Publikum auffordert, ihr keine Goldsachen zum reinen Goldwerte zu verkaufen, wenn sie ihrerseits es noch fertig bringe, Gold an die Industrie zu geben. Dieses Gefühl gründet sich offenbar weniger darauf, daß von der Reichsbank noch Gold an die Industrie herausgegeben wird, als vielmehr darauf, daß eine große Anzahl von Juwelierläden im Lande noch geöffnet sind und Goldwaren an jedermann verkaufen. Das ist aber eine Tatsache, die mit der Goldschmucksammlung gar nichts zu tun hat. Bei der Goldschmucksammlung besteht der Wunsch, daß zur Stärkung des Goldschmuckes für den Krieg und für die Zeit nach dem Kriege jedermann in möglichst großem Umfange alle irgend entbehrlichen Goldsachen den Goldkauftellen bringt und verkauft. Ihren großen Wert erhält die Herberge des Goldschmucks aber erst dadurch, daß sie freiwillig erfolgt und daß jeder Zwang und jede Beschlagnahme ausgeschlossen ist. Von beiden muß im Interesse der Sache unter allen Umständen abgesehen werden.

Man darf sich aber auch nicht daran stoßen, daß die Reichsbank scheinbar im Widerspruch mit der Goldschmucksammlung nach Gold an die Goldwarenindustrie hergibt. Berechtigt wäre eine Mißstimmung darüber nur, wenn die Abgabe in größerem Maße erfolgt oder wenn sie ohne Schädigung großer Interessen wäre. Beides ist indessen nicht der Fall. Die deutsche Goldwarenindustrie hat nach den im großen und ganzen als zureichend zu erachtenden Schätzungen eine Reihe von Jahren vor dem Kriege jährlich etwa 80 Millionen Mark Fein- o. d. verarbeitet. Demgegenüber gibt die Reichsbank heute überhaupt an Gold für die Ausfuhr, für das Inland, für Zahngold, für photographische Artikel, für Buchgold, für die keramische Industrie usw. insgesamt monatlich nur noch etwa 1 Mill. an Mark oder etwas darüber, auf das Jahr berechnet also etwa 14-15 Millionen Mark Feingold aus. Von dieser Summe kommen auf den Export und für Exportwaren schätzungsweise vier Fünftel — und der Export von Goldwaren ist besonders vorteilhaft und unbedingt notwendig für die Gesamtheit, weil er Devisen und Auslandsguthaben im Maße des Goldwertes zur Bezahlung der Einfuhr schafft —

ein Teil kommt auf Zahngold, und nur etwa ein Siebtel wird überhaupt für die Goldwarenindustrie, die für das Inland Gold waren herstellt, verausgabt. Nun ziehen die Industrie und die Juweliers neben dem Hauptquantum, das sie von der Reichsbank bekommen, auch noch einiges Gold an sich durch Einkauf bei den Schmelzwerken und durch Ankauf von Altgold und Buchgold. Wenn man es hoch schätzt, kann das etwa die Hälfte dessen sein, was die Reichsbank gibt. Also insgesamt werden nach den der Reichsbank zugegangenen Schätzungen vor der Goldwarenindustrie, die für das Inland bestimmt ist, überhaupt nur noch 2 1/2 bis 3 Millionen Mark jährlich an Feingold verarbeitet, eine minimale Summe, und von diesem Golde dürfte nach den von der Reichsbank getroffenen Maßnahmen nur noch leichte Gegenstände mit hoher Fassung, also niedrigem Gold- und hohem Arbeitswert, angefertigt werden.

Wollte man die Herstellung von Goldsachen für das Inland völlig durch ein Gesetz verbieten, so wäre die Fassung eines solchen schwierig. Und wie sollte die Durchführung kontrolliert werden? Die Goldwaren werden hergestellt in Pforzheim, Hanau und Schwäbisch-Gmünd, nicht nur als Fertigfabrikate, sondern vielfach als Halbfabrikate, die anderswo weiterverarbeitet werden und schließlich als Fertigfabrikate an die Händler gelangen oder auch direkt bei den Erzeugern von Händlern gekauft werden; diese Händler verkaufen die Halbfabrikate oder Fertigfabrikate dann erst wieder an andere Fabrikanten, die sie weiterverarbeiten. Es müßten also drei- oder vierfache Kontrollen eingerichtet werden, um festzustellen, wo das Gold bleibt, und am Ende würden die Kontrollen doch verfallen.

Dabei kommt aber noch ein anderer Gesichtspunkt in Betracht, der recht ernste Interessen betrifft, und zwar die Interessen der Goldwarenindustrie. Eine Stadt, wie z. B. Pforzheim hängt völlig von der Goldwarenindustrie ab. Die bezüglichen Vertreter dieser Industrie schätzen die Anzahl der Arbeiter in Pforzheim, die sich ganz oder überwiegend mit der Herstellung von Goldwaren für das Inland beschäftigen, auf etwa 3000. Davon sind etwa 1500 Männer, ältere, heeresuntaugliche Leute, die geschult und eingearbeitet sind, und ungefähr 350 weibliche Arbeiter. Stellt man sich auch nur die Verarbeitung von Gold für das Inland ein — sei es durch Gesetz, sei es durch Vorkontrollen von Gold für diesen Zweck — so wird der allergrößte Teil, nach der Behauptung verschiedener Sachverständiger sogar die Gesamtzahl dieser 3000 Arbeiter drohen, und ihre Umschulung zu Manufakturarbeitern am Orte selbst soll im großen Maßstabe nicht möglich sein. Das wäre aber ein Preis, der zu hoch für uns, was durch die aus der erwähnten Mißstimmung entspringenden Härteungen erreicht werden soll.

Deutscher Tagesbericht. N. F.

Großes Hauptquartier, den 21. November

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Unsere Artillerie bekämpfte mit beobachteter Wirkung feindliche Batterien und Stützpunkte.

Lebhafte feindliche Feuer lag auf unseren Stellungen beiderseits der Ancre und des St. Pierre-Baast-Waldes. Kein Infanteriekampf.

Heeresgruppe des Deutschen Kronprinzen:

In der Champagne und im Maasgebiet lebte während einzelner Tagesstunden die Artillerietätigkeit auf.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

Nichts wesentliches.

Front des Generaloberst Erzherzog Karl.

Im Ludowagebiet (Balkarpathen) wurde eine Patrouillenunternehmung von deutschen Jägern planmäßig durchgeführt. 40 Gefangene wurden eingebracht.

Ein Entlastungsvorstoß der Russen im Nachbarabschnitt scheiterte blutig.

Am Ostrand Siebenbürgen nur kleine Gefechtsabhandlungen. Die Deutschen und österreich-ungar. Truppen, nördlich von Campolung, wiesen auch bei Nacht wiederholte russische Angriffe ab.

Am Alt wurde den Rumänen einige wichtige Ortschaften und verschänzte Höhen entzissen.

Unsere Infanterie steht vor Craiova, dem bisherigen Sitz des Oberkommandos der 1. rumänischen Armee.

Spiel und Liebe.

Novelle von v. Dewall.

Nachdruck verboten

Zwei Damen in langen schwarzen Schleppekleidern gingen nach einer Weile dicht an uns vorüber.

Beim Anschauen der seidenen Gewänder schauten wir beide auf. — Ich verfolgte jene Frauen mit meinen Blicken und sah, wie sie unsern von uns an einem der noch leeren Tische sich niederließen.

„Meiner Tren“, sagte Lüttwih, das Glas plötzlich auf den Tisch legend, „ich will gerädert werden, wenn das nicht unsere schöne Polin ist, mitsamt ihrer Tante! — Sie wissen ja, Lengsfeld“, fügte er, bedeutungsvoll lächelnd, hinzu. — „Frau von Ponanska, die gefährliche Witwe.“ — „Sie erinnern sich ihrer doch noch?“ — „O gewiß“, erwiderte ich trocken.

„In der Tat, sie sind es.“ — fuhr Lüttwih lebhafter fort. „Wie kommen sie hierher? — Sind sie schon längere Zeit hier?“ — „Etwas vierzehn Tage, glaube ich.“

„Haben Sie denn ihre Bekanntschaft nicht erneuert, Lengsfeld? — Nun, natürlich — welche Frage! — Doch entschuldigen Sie mich einen Augenblick, die Tante sieht herüber und hat mich bereits erkannt — ich will ihr meinen Krugfuß machen — kommen Sie nicht mit?“ — „Ich danke — die Damen sind mir fremd!“ erwiderte ich und blieb ruhig sitzen.

„Nun, dies ist drohlich — was ist denn das für eine sonderbare Marotte? — Doch einen Augenblick Pardon, Baron, ist komme gleich wieder zu Ihnen.“

Im nächsten Moment war Lüttwih drüben bei den Damen.

Ich sah, wie die Tante ihm holdselig zulächelte und ihm die Hand reichte, die jener galant an seine Lippen führte.

Frau von Ponanska schielte im ersten Augenblicke mehr erstaunt als erfreut zu sein über dieses Begegnen, doch gleich darauf bekam Lüttwih auch von ihr ein artiges Lächeln und einen Händedruck.

Ich gab an meiner Sofacorche einen müßigen, aber keineswegs gleichgültigen Zuschauer ab.

Ich konnte nicht verstehen, was die drei mit einander

sprachen, ich bemerkte nur, wie die Unterhaltung dort drüben sich belebte und wie Lüttwih, auf eine einladende Handbewegung der älteren Dame, sich einen Stuhl heranzog.

An Lüttwih's Gesten bemerkte ich, daß man einige Male von mir sprach; bald wies er mit dem Finger herüber in seiner sprachlosen Weise, bald drehte er sich halb herum und lächelte mir zu, auch die Tante schaute einige Male zu mir her, und einmal freifte mich selbst ein flüchtiger Blick der Frau von Ponanska.

Ich sah in meinem Winkel, scheinbar vollkommen teilnahmslos und drehte an meinem Glase, in der Tat aber sah ich wie auf Kosten.

Ich fühlte mich allein, überflüssig, zurückgesetzt. Es war mir peinlich, zu gewahren, wie mein leichtblütiger Kamerad die Schranken so leicht beiseite schob, die ich gewissenhaft zwischen mir und jenen Damen aufrecht erhielt.

Ich beneidete ihn, wider mein besseres Gefühl, um jedes Wort, welches Frau von Ponanska an ihn richtete, um das Lächeln, welches er ihr ablockte. — Es war mir dies doppelt schmerzlich, weil ich immer nur kalt und abweisend sie gehen, bei den wenigen und oberflächlichen Berührungsmomenten zwischen uns. — Stand ich denn so weit unter jenem?

Aus diesem unerquicklichen Gedankengange hörte mich endlich Lüttwih auf.

„Kommen Sie, Baron, ich muß Sie den Damen zuführen. Sie, Sonderling, haben es ja nicht einmal bisher der Mühe wert gehalten, sich ihnen vorstellen zu lassen.“ — Sie schmähten förmlich nach Ihrer werten Bekanntschaft,“ fügte er lächelnd hinzu, — „allorts, allorts, keine falsche Bescheidenheit, alter Freund!“ — Hier gab es nun allerdings kein Ausweichen mehr, die Damen sahen zu uns herüber, offenbar erwartete man mich.

Sie müssen sich für unerzogen oder für einen Geden halten, wolltest du dich länger zieren; dies denkend stand ich auf und ging an der Seite meines Freundes rich den Saal.

Ich muß gestehen — ich habe stundenlang im ärgsten Bronatfeuer gestanden, aber es wurde mir nicht so schwer, als diese wenigen Schritte unter jenen vier Augen.

Ich verbeugte mich. Lüttwih machte einen Scherz.

ich stammelte einige verlegene Worte. — Erst als Frau von Wollinger mich wiederholt gebeten hatte, mich niederzusetzen, vermochte ich mich soweit zu fassen, um ein zusammenhängenderes Gespräch zu führen.

Ich erhielt meinen Platz neben Frau von Ponanska, — dies trug natürlicher Weise nicht dazu bei, mich zuverlässlicher zu machen. Anfangs vermied ich beinahe ganz, sie anzusehen. Glücklicherweise kam mir auch die Tante mit ihrem Takte zu Hilfe und machte mir es möglich, allmählich wenigstens äußerlich einige Haltung zu gewinnen.

Die Frauen gestatteten uns, unser Mahl an ihrem Tische zu verzehren, und bestellten sich ebenfalls ihr Abendbrot; — so bildeten wir eine improvisierte partie quarrée zusammen.

Die ersten Worte, die Frau von Ponanska während des Speisens an mich richtete, waren eine Frage nach meiner Gesundheit.

Es lag dabei nichts Kaltes weder im Tone ihrer Stimme, noch in ihrem Blicke, — im Gegenteil, ihre Sprache hatte einen solchen Wohlklang und ihre Augen waren so teilnehmend auf mich gerichtet, daß es meinem Herzen wohl tat. —

Ich bedankte mich für diese Teilnahme, — ich wurde dabei wider Willen ein wenig rot.

Sie sprang plötzlich von diesem Thema ab und ging auf ein anderes über:

„Man hat mir, ich glaube, in Dresden schon erzählt,“ sprach sie, „Sie seien sehr musikalisch, Herr Baron, — ein wahrer Meister auf dem Klavier. — Niemand soll Händel und Bach besser verstehen und vortragen als Sie, — wie kommt es, daß ich, trotzdem ich Ihre Nachbarin geworden, Sie niemals spielen höre?“

„Offen gesagt, gnädige Frau,“ antwortete ich etwas zögernd, „einmal fürchtete ich, meine Nachbarin mit meinen Übungen zu belästigen und dann behindert mich auch eine Schwäche in der Schulter noch beim Spiel.“

„Wie schade!“ erwiderte sie — „Händel und Bach sind meine Lieblinge, will ich Ihnen nur gestehen; — doch wenn Ihre Schulter Sie schmerzt, dann waren Sie es auch gewiß nicht, der am Tage unseres Einzuges jene unerträglichen Tonleitern auf uns herabdonnerte?“

Balkankriegschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschall von Matsien:

Von Artilleriefeuer abgesehen, keine besondere Ereignisse. Constanza und Cernavoda wurden beschossen. Unsere Fliegergeschwader bewarfen Verkehrsanlagen bei Bukarest mit Bomben.

Mazedonische Front.

Zwischen Prespaee und Cerna fühlte der Gegner an die deutsch-bulgarische Stellungen mit Vortruppen heran. Serbische Vorstöße an einzelnen Stellen der Mollenafront, durch starkes Feuer vorbereitet, scheiterten.

In dem überschwemmten Strumaabschnitt Zusammenstöße unserer Aufklärungsabteilungen.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Kaiser Franz Joseph †.

Wien, 21. Nov. Eine Extra-Ausgabe der „Wiener Zeitung“ meldet, daß Se. kaiserliche und königliche apostol. Majestät Franz Joseph I. heute abend 9 Uhr im Schloss Schönbrunn sanft im Herrn entschlafen sind.

Unsere Oktober-Ernte-zur See.

Berlin, 21. Nov. (Drahtb.) Im Monat Oktober sind 146 feindliche Handelsfahrzeuge von insgesamt 306500 Bruttoregistertonnen von Unterseebooten und Torpedobooten der Mittelmächte aufgebracht, versenkt oder durch Mißgunst verloren gegangen. Ferner sind 72 neutrale Handelsfahrzeuge mit insgesamt 87000 Bruttoregistertonnen wegen Verfehlung von Bannware zum Teil verhaftet worden.

Seit Kriegsbeginn sind durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte 3322000 Tonnen feindlicher Handelsraum verloren gegangen. Davon sind 2550000 Tonnen englisch.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Der Weltkrieg.

Von der Somme ist heute nichts Bedeutendes zu melden. Die letzten Kämpfe waren, wie mitgeteilt wird, dadurch bemerkenswert, daß die Engländer zu ihrer Massenangriffen wieder in großem Umfang ihre Kolonialtruppen heranzogen. Die Verluste des Feindes am 18. und 19. November waren aber so ungeheuerlich groß, daß nicht anzunehmen ist, diese Methode werde noch lange anhalten. Ein schwedischer Offizier berechnete die englischen Verluste für den St. Omer in den letzten Monaten auf 46000 Mann, während er im Juli noch 16000 betrug. Vom 1. Juli bis 1. November dürfte der Verlust der Engländer an der Somme mindestens 600000 Mann betragen, der Monat November wird aber eine sehr erhebliche Steigerung bringen. Dazu kommt, daß die Erstürmung von Beaumont-Hamel und Beaucourt die Engländer in eine schwierige Lage gebracht hat, da die deutsche Artilleriebeobachtung über die Höhen von Serre verfügt und die in die genommenen Stellungen eingebrungenen Engländer vom deutschen Artilleriefeuer gefaßt werden können. Die Engländer befinden sich also jetzt in ähnlicher Lage wie die Deutschen in St. Pierre-Divion vor dem 18. November.

In Ost-Siebenbürgen und Rumänien spielen sich jetzt entscheidende Ereignisse ab. Unsere Truppen haben nach der Schlacht bei Turgu Ziu am 18. November die Bahnlinie Orsova-Arajova erreicht und stehen vor dieser letzteren Stadt, sind vielleicht schon mittlerweile Herr derselben geworden. Das bedeutet aber nicht nur, daß die Verbindungslinie von Orsova her nach Bukarest dem Feinde genommen ist, sondern daß die Hauptstadt vom Westen des Landes bereits abgeschnürt und die an der Donau operierenden rumänischen Truppen die nächste Verbindung mit dem Landesmittelpunkt verloren haben. Arajova ist die bedeutendste Stadt der westlichen Walachei und Knotenpunkt zweier Hauptbahnenlinien. Die Schlacht war außerordentlich heftig und die Rumänen waren sich der Folgen einer Niederlage wohl bewußt, denn sie kämpften mit äußerster Hartnäckigkeit. Es ist auch festgestellt, daß die fanatische Bevöllerung an den Kämpfen sich beteiligt und aus dem Hinterhalt auf unsere Truppen schießt. Das Schicksal der Freischützen in Belgien hat also in Rumänien nicht abschreckend gewirkt. Die Heeresleitung wird aber wohl dafür sorgen, daß den Halbwildern die Lust am Wildern vergeht.

Die Ereignisse im Westen.

Der französische Tagesbericht.

WAB. Paris, 21. Nov. Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: An der gesamten Front verhältnismäßig ruhige Nacht.

Orientarmee: Die Schlacht, die seit dem 10. November an der Front der Deltatarmee von der Cerna bis zum Prespa-See im Gange ist, endete mit einem vollen Sieg der Alliierten. Der 19. November bezeichnete das Gelingen des ausgedehnten Manövers, durch das die deutsch-bulgarischen Truppen, die die Gegend von Monastir verteidigten, zerstört wurden. Am Abend des 18. November nahmen die Serben, die ihre Heeresoffensive fortsetzten, Oranista östlich der Cerna. In derselben Nacht fiel Jaratek im Bogen des Flusses in die Hände der französisch-serbischen Truppen. In energischer Fortführung ihres Erfolges nahmen die Serben nach planvollem Kampf in der Nacht auf den 19. November die Höhe 1376 und versetzten in der Frühe des Morgens des 19. November den Feind aus Rakome. Am gleichen Tage wurden mehrere Linien bulgarischer Schützengräben in Richtung auf Dobromir ebenfalls von den Serben erobert. Diese kühne Vormarschbewegung zwang die Deutschen und Bulgaren, ihre letzten Stellungen vor Monastir zu räumen. Französische Kavallerie folgte den feindlichen Nachhut an dem Fuß und räumte um 8.30 Uhr morgens in die Stadt ein. Ihr folgten Kolonnen französisch-russischer Infanterie. Im Verlauf des Tages bemächtigten sich russisch-französische Truppen, die sofort nördlich von Monastir vorrückten, nach einander der Höhe 821 und des Dorfes Kerklina und gelangten bis vor Karaman und Orizani, die sie sofort angreifen. 822 Gefangene und zahlreiches Material blieb in unserer Hand.

Der Krieg mit Italien.

unseren Truppen umfangreich eroberten Gräben südlich von Viglia wurde abgewiesen.

Der italienische Tagesbericht.

WAB. Rom, 21. Nov. Amtlicher Bericht von gestern: An der Front im Trentino Artilleriekämpfe und feindliche Schanzarbeiten, die durch unser Feuer verhindert wurden. Im Hochtal beihoß die feindliche Artillerie unsere Stellungen am Kleinen Pal und am Freikofel. Unsere Batterien antworteten wirksam. Auf dem Karst griff der Feind am 19. November nach einer heftigen Artilleriebeschichtung kräftig unsere Stellungen auf der Höhe 126 nördlich von Velkohljak an. Nach erbitterter Kämpfe gelang es ihm, eine unserer Vorpostenstellungen zu besetzen. Längs der übrigen Front wurde der Angriff unter großen Verlusten abgelehnt. Wir machten einige Gefangene. Das schlechte Wetter hält auf dem gesamten Kriegsschauplatz an.

An der Salonikifront half eine unserer aus Infanterie und Kavallerie bestehenden Einheiten wirksam bei allen Kämpfen um die Eroberung von Monastir mit, wo sie in der schwierigen Zone zwischen Cerna-Ebene und Prespa-See eingesetzt wurde und große Geländeschwierigkeiten, Unstufen des Wetters und erbitterten Widerstand des Feindes überwand. Sie räumten längs der Osthänge des Bababerges vor und machten ungefähr 200 Gefangene.

Der Krieg zur See.

Berlin, 21. Nov. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote versenkte am 14. November im englischen Kanal ein französisches Bewachungsfahrzeug, anscheinend Zerstörer der Aro- oder Sape-Klasse. Außer 6 feindlichen Handelschiffen wurde von demselben Unterseeboot der norwegische Dampfer „Allvång“, der Kriegsmaterial für die französische Regierung an Bord führte, versenkt.

Amsterdam, 21. Nov. Die Zeitungen melden aus Newyork, daß die Eigentümer der „Deutschland“ für die Freigabe des Schiffes 87000 Dollars hinterlegt haben, nachdem auf Grund des schwebenden Prozesses ein Zurückhaltungsbefehl gegen das Schiff ergangen war. Die „Deutschland“ darf demnach jetzt jederzeit den Hafen von New-London verlassen.

Christiania, 21. Nov. (Norst-Telegr.-Bür.) Nach einem Telegramm an Nordist Stabsredereijoreign ist der Prozeß betreffend die Bark Elicon vor dem deutschen Oberpreisengericht gewonnen, das Urteil des Unterpreisengerichts damit umgestoßen und der Reederei Schadenertrag zuerkannt worden. Die Bark Elicon war am 1. November 1914 bei Juan Fernandez aufgebracht worden. Das Schiff hatte am 3. Mai Cardiff mit Kohlen nach Chile verlassen. Trotz des Einspruchs des Kapitäns hatten deutsche Kriegsschiffe die Bark nach der Insel Meafulera gebracht, wo der größte Teil der Kohlen auf deutsche Kriegsschiffe umgeladen wurden. Elicon hatte dabei Schaden erlitten.

Neues vom Tage.

Niag, 21. Nov. Heute nachmittag sind die hiesigen Loten mit 11 Mann des Hamburger Dampfers „Fritz Hugo Stinnes“ hier eingetroffen, der infolge einer Kesselexplosion südlich Sandhamn untergegangen ist. Er war mit Erz von Uleua nach Hamburg unterwegs. Der Kapitän und 6 Mann befiengen das erste Rettungsboot, 11 Mann das zweite. Ersteres kenterte.

Organisation der Juden in Polen.

Warschau, 16. Nov. Heute wird eine Verordnung veröffentlicht, durch die eine Organisation der Juden im Generalgouvernement Warschau geschaffen wird. Die jüdischen Gemeinden werden zu Kriegsgemeinden unter einem Verwaltungsrat vereinigt, der auf Grund des Proportionalwahlrechts von den Gemeindevorständen gewählt wird. In den Verwaltungsrat delegiert außerdem die staatliche Aufsichtsbehörde drei Mitglieder. An der Spitze der Religionsgesellschaft steht der Oberste Rat. Er besteht aus 14 weltlichen und 7 rabbinischen Mitgliedern. 4 weltliche und 2 rabbinische Mitglieder werden durch die Staatsverwaltung ernannt, die übrigen auf Grund des Proportionalwahlrechts von dem Verwaltungsrat der Kriegsgemeinden gewählt. Gemeinden, Kreisgemeinden und Oberster Rat haben korporative Rechte.

Wien, 21. Nov. Der Oberste Landwehgerichts-hof hat das Todesurteil gegen die Fischeren Dr. Kramar, Dr. Kain, Gerwinka und Jam. zal wegen Hochverrats und Spionage bestätigt.

Wien, 21. Nov. Den Blättern zufolge ist der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Graf Ludwig Stremm zum Gesandten in Sofia ernannt worden.

Paris, 21. Nov. Der ehemalige Eisenbahndirektor Clavelle ist zum Verkehrsminister ernannt worden.

London, 21. Nov. Neue Verordnungen verbieten jede weitere Erhöhung des Milchpreises und bestimmen, daß Weizen laut bis auf 73 Prozent nunmehr bis auf 78 Prozent ausgemahlen werden soll.

Milchpreise in Schweden.

Stockholm, 21. Nov. Da amtlich festgestellt worden ist, daß die Vorräte von Weizen und Roggen für das Jahresbedürfnis des Landes nicht hinlänglich sind, sondern Brotmangel befürchtet werden muß, wenn nicht sofort Maßnahmen getroffen werden, so beschloß die Regierung gewisse vorläufige Maßnahmen, bis umfassendere zu Anfang des Jahres 1917 getroffen werden, nämlich Höchstpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, sowie Weizen- und Roggenmehl. Der Volkswirtschaftsausschuß soll Maßnahmen für die Organisation von staatlichem Einkauf und Verkauf von Getreide und Mehl treffen. Der Ausschuß wird weiter ermächtigt, im Lande Getreide einzukaufen, und erhält für diejenige zwei aus Staatsmitteln vorläufig 5 Millionen Kronen.

Madrid, 21. Nov. In Barcelona wurde das Blatt „Progreso“ wegen Ungehörigkeit gegen den deutschen Kaiser beschlagnahmt. (Das muß es aber toll gerieben haben, denn in Spanien wird nicht so leicht ein Blatt gemahregelt. D. Schr.)

Neue Völkerrechtsverletzung.

Athen, 21. Nov. (Reuter.) Der deutsche, österreichisch-ungarische, bulgarische und türkische Gesandte müssen sich auf einem Dampfer einschiffen, der zu ihrer Verfügung gestellt ist, andernfalls würden sie mit Gewalt mitgenommen werden. Admiral Jounet hat ihnen das direkt mitgeteilt. Der König hat jede Verantwortung abgelehnt. Die spanische Gesandtschaft übernimmt den Saug der deutschen Untertanen, die amerikanische den der öster-

teranen. (Da Deutschland seit geraumer Zeit von jeder geographischen und brieflichen Verbindung mit Griechenland abgegeschlossen ist, kann nicht nachgeprüft werden, ob dieser Gewaltstreich wirklich vom Bierverband ausgeführt worden ist.)

Washington, 21. Nov. Sir verlautet, Wilson beabsichtige nicht, irgendwelche Schritte zur Friedensvermittlung zu unternehmen. (Soll wohl heißen: noch nicht. D. Schr.)

WAB. Newyork, 21. Nov. Die „Associated Press“ hat aus Tokio erfahren, Japan habe sich einverstanden erklärt, in seine Forderungen auf der Friedenskonferenz den ständigen Besitz der (deutschen) Südseeinseln (Neuguinea, Marshallinseln, Bismarckarchipel usw.) nicht mit einzuschließen. Wie bekannt werde, hätten die Vereinigten Staaten nichtamtlich den Wunsch ausgesprochen, daß diese Inseln kein ständiger Besitz Japans werden mögen. Die Vereinigten Staaten hätten die Frage zuerst mit England besprochen und England und die Vereinigten Staaten hätten eine gemeinsame Anregung gegeben, daß Japan nicht auf der ständigen Besitznahme der Inseln bestehen möge. Man halte es für wahrscheinlich, daß Japan auf der Friedenskonferenz in anderer Richtung einen Erfolg finden werde, vielleicht in der Bestätigung der Rechte Japans auf Schantung.

Bermischtes.

Eine halbe Million ungarischer Staatskassenscheine ver-schwinden. Bei der Kreditanstalt in Wien ist ein Paket Effekten, enthaltend 3/4 Proz. kgl. ungarische Staatskassenscheine vom Jahre 1916 im Nominalbetrage von 500000 Kronen, das von der Depositenabteilung mit dem Effektenaufzug der Effektenabteilung abgemittelt wurde, in bisher unaufgeklärter Weise in Verlust geraten.

Vaden.

(-) Karlsruhe, 21. Nov. Der Hr. Landeskommissar für die Kreise Karlsruhe und Baden hat dem Tagelöhner Georg Reich in Forst für sein entschlossenes und erfolgreiches Handeln bei der Rettung des Tagelöhners Otto Volter aus Untergrömbach vom Tode des Ertrinkens die öffentliche Anerkennung ausgesprochen.

(-) Mannheim, 21. Nov. Dem Badischen Himmeldank wurden von Herrn und Frau Hermann Scherr hier 100000 Mark überwiesen.

(-) Mannheim, 21. Nov. Ein unverbesserlicher Milchfälscher, der Milchhändler Josef Kuhn von hier, der schon wegen Nahrungsmittelfälschung mit Geld- und Freiheitsstrafen vorbestraft ist, wurde weil er seine mit 25 Prozent Wasser gestreckte Milch über den Höchstpreis veräußert, vom Schöffengericht zu 75 Mt. Geldstrafe und 4 Wochen Gefängnis verurteilt.

(-) Heidelberg, 21. Nov. Am Mittwoch vollendet der kaiserliche Rechnungsrat Bohlig sein 70. Lebensjahr. Er stammt aus der Pfalz, war zuerst Apotheker, bis er sich ganz der Turnkunst widmete. Seine außerordentlichen turnerischen Leistungen mit Pantelübungen erregten überall großes Aufsehen.

(-) Gernsbach, 21. Nov. In der Dunkelheit fiel der Gelegenheitsarbeiter Durr von hier in die Murr und ertrank.

(-) Emmendingen, 21. Nov. In Wiesbaden, wo er Genesung von seiner Erkrankung suchte, ist der Ehrenbürger unserer Stadt Kommerzienrat Dr. Fr. J. Baumgartner, der Direktor der ersten Deutschen Kammerpinnerei gestorben.

Kriegschronik 1915

22. November: In Serbien wurde von unseren Truppen der Austritt in das Kal-Tal erzwungen; 2000 Serben gefangen.
- Die Italiener setzten ihre Angriffe gegen Görz und die So-Nähe von Dobrovo fort.
- Italien ist dem Abkommen beigetreten, keinen Sonderfrieden zu schließen.

Die Polenfrage im preussischen Abgeordnetenhaus.

Im preussischen Abgeordnetenhaus kam am Montag der Antrag der konservativen, freikonserativen und national-liberalen Parteien: das Ministerium darüber auszusprechen, daß die für den preussischen Staat und das Deutsche Reich so wichtige Erhebung Polens zum selbständigen Königreich ohne jede Beziehung der verfassungsmäßigen Instanz des Abgeordnetenhauses verfügt worden sei - zur Verhandlung.

Minister des Innern v. Löblich sagte v. a.: Zu dem neu erstehenden polnischen Staat empfangen die Polen aus den Händen der siegreichen Zentralmächte ein selbständiges nationales Leben, wie sie es seit mehr als einem Jahrhundert vergeblich ersehnt und erbetet haben. Indem der polnische Staat mit dem Deutschen Reich und auch mit der österreichisch-ungarischen Monarchie aufs engste verbunden wird, so hoffen wir bestimmt, das Deutsche Reiches Sicherheit und Machtstellung für die Dauer gegen Osten besetzt und geklärt. Deutsche und polnische Lebensinteressen haben sich im Weltkrieg gefunden. Sie werden durch das Novembermanifest verbunden und sollen für die Zukunft untrennbar sein. Diese geschichtliche Tatsache ist bereits bestätigt worden durch das Blut, das die Polnische Legion an der Seite der heldenmütigen deutschen und österreichisch-ungarischen Heere vergossen hat. Sie wird bekräftigt werden, wenn neugebildete polnische Freiwilligenbataillone an der Seite der Wiederhersteller des polnischen Staatsmens, an der Seite ihrer Befreier erpönte polnische Tapferkeit einlegen zur Verteidigung der neu gewonnenen Zukunft Polens gegen die noch immer von Osten drohende Gefahr. In den Beratungen des Staatsministeriums, die dem Erlaß des Manifestes vorangegangen sind, hat die Erörterung der besonderen preussischen Staatsinteressen den ihr gebührenden Raum eingenommen. Einer nationalen deutschen Aufgabe im Osten wird der preussische Staat treu bleiben. Die Staatsregierung erwartet zuversichtlich, daß die in Preußen lebenden Polen in Zukunft dem Staat die Erfüllung seiner Aufgaben in den Ost- und Westmarken erleichtern werden. Die künftigen Entschlüsse der Regierung werden von Wohlwollen für die polnische Bevölkerung getragen sein. Ein Programm künftiger preussischer Ostmarkenpolitik zu entwickeln, muß ich mir in dieser Zeit und in diesem Augenblick verjagen. Aber eines bin ich gewiß, mit innigster Ueberzeugung festzustellen: die Abzweigungen bisher

für die nahe und ferne Zukunft bestehen. Der Schatz wird die Erhaltung des Deutschtums, deutschen Lebens und Wissens in den Provinzen, wo Deutsche und Polen beieinanderwohnen, bleibe eine Pflicht, die der preussische Staat weiterhin für das deutsche Volk, für deutsche Kultur und deutschen Geist erfüllen wird.

Der konservative Abg. Heydenbrand führte u. a. aus: Wir erwarten und verlangen vor allem, daß bei der endgültigen Ausgestaltung der Verhältnisse des, die kulturellen und nationalen Bedürfnisse neuregelnden neuen Staatswesens dauernd wirksame Maßnahmen, wirtschaftliche und allgemeine politische Sicherheiten Deutschlands im Königreich Polen geschaffen werden. Abg. Dr. Paschke (F. V.) führte aus: Bei der Regelung der vorliegenden Fragen muß alles vermieden werden, was Schwierigkeiten zu erzeugen geeignet ist. Jede Partei hat jetzt die Pflicht, das Bestehende zu fördern. Eine solche Pflicht vermögen wir in dem vorliegenden Entwurf nicht zu erkennen. Wir hoffen, daß die Polen in der Ostprovinz einträchtig mit uns an dem gemeinsamen wirtschaftlichen Aufstiege arbeiten werden. Abg. Treiber u. Sedlich (Zentrum) sagte: Wenn wir in unserem Antrag die Wahrung des preussischen Charakters unserer Ostmark verlangen, so haben wir die Pflicht, dafür zu sorgen, daß unsere deutschen Mitbürger nach der Gründung des Königreichs Polen in ihrem Vertrauen in der Ostmark weiterleben können. Für uns ist das Ziel der Ostmarkspolitik nichts anderes, als der Schatz des Deutschtums. Der Abg. Stojanowski (Polen) bemerkte u. a.: Wir lehnen den Antrag ab. Trotz der mehr als hundertjährigen Trennung hat das polnische Volk das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit niemals verloren. Das Manifest der beiden verbündeten Kaiser erfüllt uns mit Genugtuung. Nach dem Willen der Antragsteller freilich sollen dem neuabgebildeten Staat neue Fesseln angelegt werden, so daß seine Selbständigkeit nur eine Scheinbare sein werde. Der Antrag bedeutet auch, daß die Antragsteller eine Verständigung zwischen Preußen und Polen ablehnen. Das kann von den Polen nicht gebilligt werden. Der Abg. Dr. Friedberg (Stat.) sagte u. a.: Da uns die Staatsregierung bisher nicht die Gelegenheit gegeben hat, uns über die Proklamierung des Königreichs Polen zu äußern, haben wir die Initiative dazu ergreifen müssen und zwar im Interesse Preußens und der deutschen Ostmark. Wir sind bereit, nach den Erfahrungen des Krieges zu prüfen, ob wir eine Milderung der Polengesetzgebung eintreten lassen. Abg. Herold (Zentrum) erklärte, die heutige Diskussion gibt den Beweis, daß der Antrag nicht nützlich wirken wird. Wir sind immer Gegner der scharfen Polenspolitik gewesen, die dem preussischen Staat nicht zum Segen gereichen wird. Wir sind immer dafür eingetreten, daß unsere polnischen Landesleute mit Preußen verbunden bleiben. Ich hoffe, daß die Polen sich dauernd als Verbündete des Deutschen Reiches fühlen werden. Wir werden gegen den Antrag stimmen. Abg. Ströbel (Soz.) erklärte: Man will die Polen bestrafen. Wir halten es für das Richtige, wenn die Völker sich selbst bestrafen. Jetzt wird das neue Polen nur eine neue preussische Satrapie. Hoffentlich wird die Zustimmung, daß in Polen keine Zwangsrekrutierungen stattfinden sollen, streng eingehalten. — Darauf führte Minister des Innern v. Löbel aus: Ich weise es weit von mir, dem Vordruck auf seine unerhörten Ausführungen zu antworten. Die Mehrheit des Hauses steht tumbod über den Ausführungen, wie wir sie haben hören müssen. Abg. Ströbel (Soz.) verzichtete sich dagegen, daß er durch seine Rede die Wünsche des Auslandes fördere.

Der Antrag wurde darauf in namentlicher Abstimmung mit 180 gegen 104 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Württemberg.

(*) **Wangen i. A.**, 21. Nov. (Unglücklicher Schicksal.) Ein 17 Jahre alter Sohn des Deponomen in Neurensburg hantierte im Pferdehals mit einem Gewehr. Plötzlich ging ein Schuß los und die Kugel traf ein wertvolles Pferd in den Kopf, das bald darauf verendete.

— **Die Kartoffelverföhrung.** Auf die Beschwerde des Bundes der Landwirte in Württemberg wegen der zwangsweisen Kartoffelbeschlagnahme in verschiedenen Bezirken und der Beschränkung der Kartoffelzuteilung bis 15. April 1917 statt 15. August 1917 — antwortet das Ministerium des Innern: Der durch die einheimische Ernte nicht gedeckte Bedarf Württembergs an Speisekartoffeln sei nach den ursprünglichen Verbrauchszahlen des Kriegsernährungsamts (2 Pfund täglich auf den Kopf auf 1.700.000 Btr. festgesetzt worden. Meyer sollten liefern die preuß. Provinz Sachsen 200.000, Hohenzollern 100.000, Bayern 200.000 und das Großh. dessen 1.200.000 Btr. Letztere Menge wurde auf die Vorräte des Kriegsministeriums von der Reichskartoffelstelle auf 300.000 Btr. ermäßigt und die restlichen 300.000 Btr. übernahmen einige preussische Provinzen, darunter Brandenburg. Die Lieferungen erfolgten aber, mit Ausnahme von Brandenburg, sehr zögernd, so daß in den größten Städten und in den Industriegegenden Württembergs eine Notlage entstand, der man dadurch abhalf, daß die eigene Erzeugung im Lande stärker zur Befriedigung der Bedarfsverbände herangezogen wurde unter Zugrundelegung des Verbrauchs von 2 Pfund täglich für die Schwerarbeitenden. Wäre dem Erzeuger gestattet worden, unter Zugrundelegung eines Eigenverbrauchs von 1 1/2 Pfund täglich auf den Kopf der Familie, seinen zurückbehaltene Bedarf bis zum 15. August 1917 auszuweihen, so hätte eine wirksame Vinderung der Not nicht erreicht werden können. In den Bedarfsbezirken sei der Verbrauch bis auf jetzt noch nicht bis 15. April 1917 gesichert, die Bevölkerung müsse vielmehr auf die Streckung der Kartoffeln durch Bodentrostaben vertriehen werden. Das Ministerium erkennt an, daß die bäuerliche Bevölkerung sich den Anordnungen gegenüber willig gezeigt habe und daß sie mit dem ihr zugewiesenen Kartoffelbesitz zufrieden sei, der Zwang habe sich aber nicht vermeiden lassen. Anerkanntes Saatgut sei nicht beschlaggenommen worden, dagegen hätten Ansprüche auf Saatkartoffeln zur Vermehrung der Anbaufläche zurückgefordert werden müssen. Das Ministerium werde in seinen Bemühungen, weitere Lieferungen aus nichtwürttembergischen Gemeindeverbänden zu erhalten, nicht nachlässig sein.

— **Reisebrotmarken.** Immer noch kommt es vor, daß Leute auf die Reise gehen, ohne sich mit den seit 15. Oktober vorgeschriebenen Reisebrotmarken zu versehen, die von der Heimatgemeinde oder bei Selbstversorgern (Bäckern usw.) mit den Viehmarken ausgegeben werden. In der Uebergangszeit bis zum 1. Dezember können die Gemeindeverbände den in ihrem Bezirk sich vorübergehend aufhaltenden Fremden, die ihre gewöhnlichen Brotmarken nicht umgetauscht haben, mit Tagesbrotmarken noch ausbessern, vom 1. Dezember ab ist dies aber nicht mehr zulässig, und wer von da ab verbringt, seine Brotmarken umzutauschen, wird auf der Reise auch kein Brot mehr bekommen können.

Kurzer Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 14. bis 20. November 1916.

Nach der neuen Regelung des Verkehrs mit Saatkartoffeln vom 16. November dürfen dieselben nur durch Vermittlung von landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, wie den Landwirtschaftskammern, abgekauft werden. Die Kommunalverbände haben auf Antrag der Landwirtschaftskammer die Ausfuhr von Saatkartoffeln aus ihrem Bezirk zu gestatten. Die durch Saatkartoffeln, die durch Vermittlung der Landwirtschaftskammer zu Saatwecken beschafft sind, nicht zu Speisewecken in Anspruch nehmen. Für Saatkartoffeln gelten bis zum 15. Mai 1917 keine Höchstpreise. Eine Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 13. November, die am 20. November in Kraft tritt, regelt die Einfuhr von frischen Fischen und stellt sie unter die Aufsicht der I. C. O. Durch Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 14. November sind für kunstlosig Höchstpreise festgesetzt. Nach einer Verordnung des Reichskanzlers vom 15. November ist der Handel mit Klee-, Gras-, Futterrüben- und Futterkürbissen nur solchen Personen gestattet, denen eine besondere Erlaubnis zum Betriebe dieses Handels erteilt worden ist. Für Hafer, der auf Grund von Erlaubnissen von den Nährmittelfabriken freihändig angeschafft wird, darf bis zu 320 Mk. für die Tonne gezahlt werden.

Am Getreidemarkt zeigte sich vereinzelt Nachfrage nach Stadtrüben und roten Mohrrüben, die aber nicht befriedigt werden konnte, da noch immer die Großhandelspreise nicht festgelegt worden sind und Abschlässe deshalb nicht vorgenommen werden können. Auch aus Sachsen lagen Anfragen nach gelben Mohrrüben vor, die aber aus der Provinz Schleswig-Holstein nicht zur Erledigung kommen, da ein Ausfuhrverbot erlassen wurde. Die Unsicherheit, ob auch rotfleischige Mohrrüben dem Höchstpreis von 4 Mk. unterliegen, ist mittlerweile beseitigt worden. Das Angebot war in allen noch dem Handel verbliebenen Artikeln außerordentlich beschränkt. In Industriehafen wurde manches abgerufen. Für Saaten blieb die Tendenz sehr fest, da es andauernd an ausreichenden Zufuhren fehlt. Gehandelt wurden Schweinefleisch und Wankfleisch, ebenso Weiz- und Gerstkeule, während Rindfleisch vollständig fehlt. Auch Gräser sind sehr knapp. Von Milchfuttern sind Obstkerne gemahlen zu 30, Mk. für 100 Kg. in Leihfäcken frei Kaimoogon Hamburg und Kaffeemehl zu 8,55 Mk. für den Zentner Viechtürburgische Station angeboten. Nachfrage bestand dauernd für Schweine- und Pferdefutter, das aber nicht angeboten ist. Nur Pferdeheute sind zu 75 Mk. für den Zentner in Leihfäcken ab Hamburg-Altona im Markte.

— **„Vaterländischer Hilfsdienst.“** Nach dem „Vorwärts“ soll der bisher als Zivildienstgehebe behandelte Weisepentwurf, mit dem der Bundesrat sich beschäftigten wird, den Titel „Vaterländischer Hilfsdienst“ erhalten. Das Gesetz wird sich auf alle männlichen Personen zwischen dem 17. und dem 60. Lebensjahr erstrecken.

— **Waffenprüfung in Deutschland.** Nach der Zusammenstellung des Kriegsaussschusses für Konventioneninteressen sind in 64 Städten Einrichtungen für Waffenprüfung getroffen. Diese Städte haben insgesamt 223 Kriegslächen, außerdem sind in 10 Städten 26 Mittelstandsflächen und in 15 Städten besondere Kinderfreizeitanlagen vorhanden; 3 Städte besitzen fahrbare Klüben. In 32 Städten wird die Waffenprüfung von der Stadtverwaltung betrieben, in 13 Städten geschieht es in Verbindung mit Wohltätigkeitsvereinen. In 11 Städten haben gemeinnützige Gesellschaften die Sache in der Hand, während in 5 Städten die Waffenprüfungen Privatunternehmungen sind. In 49 Städten erfolgt die Lebensmittellieferung durch die Gemeinden, in 15 Städten sorgen Speiseanstalten selbst dafür. Die Verteilung war bei etwa der Hälfte der Städte gut und blieb auch weiterhin reger. In 15 Städten war von Anfang an geringer Besuch festzustellen, der immer mehr nachließ, während der anfänglich geringe Besuch in 12 weiteren Städten nach und nach reger wurde.

— **Strohkräftfutter.** Zu den in Breslau und Danzig mit bedeutenden Mitteln errichteten Reichsunterwerken soll demnächst ein drittes treten, das in Regensburg mit einem Stammkapital von 9 Millionen Mark gegründet werden soll. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Verwertung von Stroh, dessen Nährbestandteile durch Kochen mit Nagnatron aufgeschlossen werden.

— **Ein auffälliger Vorgang.** Aus einem vommerischen Kreise wird der „Deutschen Tagesztg.“ geschrieben: In einer vom Landrat berufenen Versammlung, die sich mit der freiwilligen Abgabe von Goldsachen beschäftigte, sagten zwei Landgeistliche übereinstimmend aus, daß bei den Bemühungen, Gold- oder Schmuckstücke zu sammeln, ihnen oft von den Leuten entgegen wurde, sie müßten ihre Goldsachen ihrem Geschäftsmann abliefern, denn dieser habe ihnen erklärt, er bekäme auch nur Ware, wenn er Goldsachen abliefern und könne ihnen deshalb sonst auch keine Ware verkaufen. Es scheint also Geschäftsleute zu geben, die plannäßig Gold sammeln, aber offenbar nicht, um es abzuliefern, sondern um es zu behalten. Sollten anderswo ähnliche Beobachtungen gemacht werden, so wäre es doch sehr gut, sie auch zu veröffentlichen, damit ein Urteil darüber möglich ist, ob es sich hier um ganz vereinzelte oder um häufigere Erscheinungen handelt.

— **Eine neue Abteilung der Reichsbekleidungsstelle** in Leoben, wie die „Textil-Woche“ mitteilt, eingerichtet worden. Ihr unterliegt die Bewirtschaftung der Ersatzstoffe und der getragenen Kleidungsstücke. Die Leitung besteht aus den Herren Klempner, Stuttgart, Löb-Berlin und Amtsrichter Wied (bisher in Lodz), sowie Handelsrichter Levy-Berlin. Die Geschäftsstelle hat ihren Sitz bei der Kriegswirtschafts-A.-G., Berlin, Mauerstr. 53-56.

— **Zur Abwälzung der Warenumschsteuer.** Der Verein deutscher Wirtkreise in Stuttgart hat beschlossen, den Umsatzstempel auf die Rundschicht nicht abzuwälzen. Andererseits aber verlangt er auch, daß die Lieferanten ebenfalls auf eine Abwälzung des Umsatzstempels verzichten. Der Verein wird sich an die Spinner in diesem Sinne wenden und sie zu einer Vereinbarung darüber einladen, daß innerhalb der deutschen Textilindustrie auf eine Abwälzung des Umsatzstempels gegenseitig verzichtet wird.

Weiterer Ehren-Ritter.

Mit dem Eisernen Kreuz wurde ferner geschmückt: Albert Müller, Sohn des Zugmeisters Müller von hier.

Wir gratulieren.

(*) **Stuttgart**, 21. Nov. (D. B. M. A. K.) Die Zentralvermittlungsstelle für Viehverwertung schreibt: Die sehr geringe Zufuhr auf dem heutigen Viehmarkt wurde noch bei Lampenlicht abgekauft, mancher Korb Kefel mußte auch das Licht des Tages schauen. Der Markt beginnt gegenwärtig für eine wirksame Kontrolle um eine Stunde zu früh. — Der Gemüsemarkt war nicht so rasch geräumt, der Regen hielt die Käufer zurück. Brüsseler Witloof, Belgischdorie, wird zu 4,50 Mk. das Gitter, 20 Pfg. brutto für netto im Großhandel und zu 35-40 Pfg. das Pfund im Kleinhandel umgesetzt.

Witterungsliches Wetter.

Eine rückläufige Bewegung des Lamm über uns weggezogenen Luftwirbels hat den neuen Hochdruck wieder verdrängt. Für Donnerstag und Freitag ist meist bedecktes, und auch zu Niederschlägen oder vereinzelt Schneefälle geneigtes Wetter zu erwarten.

— **Die württembergische Verlustliste Nr. 504** betrifft Landst.-Inf.-Regt. Nr. 13, Gren.-Regt. Nr. 119, Inf.-Regt. Nr. 122, Inf.-Regt. Nr. 119, die Inf.-Regt. Nr. 120, 121, 124, 125, 180 und 413, die Landw.-Inf.-Regt. Nr. 120, 121, 123, 124 und 125, Maschinengewehr-Scharfschützen-Abt. Nr. 53, die ehem. Maschinengewehr-Scharfschützen-Trupps Nr. 93 und 94; ferner die 1. Landw.-Eskadr., Feldart.-Regt. Nr. 29, Feldart.-Abt. Nr. 407, Feldart.-Batt. Nr. 888, Flugabwehr-Kanonen-Zug Nr. 34, die 1., 2. und 4. Landw.-Pionier-Komp., die 2. und 5. Feld-Pionier-Komp., die Minenwerfer-Komp. Nr. 27, die Feldfliegertruppe, Feldbäckereifol. Nr. 2, Sanitäts-Komp. Nr. 3 und Etappen-Sanitäts-Kraftwagen-Abt. der Armees-Abt. A. Sodann werden Verluste durch Krankheiten und Verletzungen früherer Verlustlisten mitgeteilt.

— **8. Staatslotterie.** (10. Ziehungstag.) Württemberg gefallene Gewinne: 3000 Mk. auf Nr. 174 175, 177 920; 1000 Mk. auf Nr. 175 461, 178 433, 181 203, 184 009, 202 352; 500 Mk. auf Nr. 176 501, 186 379, 186 909, 187 893, 188 185, 189 943. Außerdem 132 Gewinne zu 240 Mk.

(11. Ziehungstag.) 3000 Mk. auf Nr. 187 149; 1000 Mk. auf Nr. 30 741, 175 208, 177 796, 182 875, 189 862; 500 Mk. auf Nr. 30 686, 30 793, 175 789, 176 122, 184 273, 186 959, 188 189, 188 740, 189 725. Außerdem 118 Gewinne zu 240 Mk. (Ohne Gewähr.)

— **Zur Mobilmachung der Arbeit.** Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ hat das stellvertretende Generalkommando des 8. Armeekorps angeordnet, daß Bauten, die nicht mit der Kriegstätigkeit zusammenhängen, gänzlich einzustellen seien. Im Befehlsbereich der Festung Köln sei diese Anordnung bereits ausgeführt worden. Begonnene Bauten, soweit sie unter dieses Verbot fallen, dürfen nicht fortgesetzt, neue nicht in Angriff genommen werden. Um den Bedarf an Wagen für die Lebensmittelfuhr und die Kriegsindustrie unbedingt sicherzustellen, hat die Eisenbahndirektion Elberfeld verfügt, daß Frachtfachgut vom 16. bis 18. November zum Versand nicht angenommen wird und Lebensmittel nur als Eilgut versandt werden. Demnächst würden von den Güterabfertigungen Bestellungen auf bedeckte Güterwagen nur für Militärgut und von Privatgut nur für Kartoffeln, Brotgetreide und andere Nahrungsmittel angenommen. Für andere Sendungen wäre eine Bescheinigung des Wagenbureaus einzuholen.

— **Aus dem Kriegsernährungsamt.** Der Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. Abel, Direktor des Hygienischen Instituts in Jena, hat seinen Austritt aus dem Beirat des Kriegsernährungsamts erklärt. — Der frühere Reichstagsabgeordnete Stadtrat Kobelt in Magdeburg ist in den Vorstand der Reichsfleischstelle berufen worden.

— **Gegen eine etwaige Begnadigung für Wucher.** Vom Verband gegen Warenwindel und Wucher in Hannover ist an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet worden, worin auf die Gerichte hingewiesen wird, daß bei Friedensschluß eine sehr weitgehende Begnadigung für Kriegsvergehen erfolgen werde. Mit diesen Verurteilungen würden Befürchtungen verknüpft, daß insbesondere auch Straftaten, die auf wucherische Ausbeutung des eigenen Vaterlandes beruhen, darunter fallen. Der Verband bittet daher den Reichskanzler, eine Erklärung sämtlicher deutscher Bundesfürsten herbeizuführen, daß eine Begnadigung für solche Straftaten nicht erfolgen werde. Die Eingabe verdient gewiss Beachtung, nur wird man die Sache nicht zu allgemein aufzufassen dürfen. Es sind manche Verurteilungen wegen Wuchers erfolgt, wobei es sich um geringfügige Dinge handelte, die aber formell unter das Strafgesetz fielen. Was aber den eigentlichen und leider allerdings so häufigen schweren Wucher betrifft, so sollte es für ihn keine nachträglichen Straferlass geben, das würde ja geradezu anerkennen wirken.

— **Die Versorgung mit Speiseöl.** Eine halbamtliche Mitteilung beschäftigt sich mit der Versorgung der Bevölkerung mit Speiseöl. Dabei wird mitgeteilt, daß den Gemeindeverbänden monatlich vom Kriegsaussschuss eine größere Menge von Speiseöl zum Preise von 4,50 Mark für das Kilo überwiesen würde. Ein Berliner Blatt bemerkt dazu mit Recht: Es wäre lobnend, einmal festzustellen, wer von diesem Speiseöl jemals etwas zu sehen bekommen hat. Speiseöl ist allerdings überall in ausreichenden Mengen vorhanden, aber zu einem Preise, der es nur den wohlhabenden Kreisen möglich macht, davon zu erwerben. Vor etwa zwei Monaten betrug der Preis 18 Mk. für das Liter; inzwischen ist er auf 34 Mk. heraufgegangen, und der Handel stellt ein iteres Ansehen in Aussicht. Wenn in der Mitteilung gesagt wird, es würde sich nur um geringe Mengen aus dem vorigen Jahr handeln, die den Beschlagnahmeverfügungen nicht unterlagen, so trifft diese Annahme schwerlich zu. Denn es handelt sich nicht um geringe, sondern um sehr beträchtliche Mengen, und wenn der Preis für das Del aus dem vorigen Jahre innerhalb zweier Monate von 18 auf 34 Mk. gestiegen wäre, dann läge Kriegswucher unerhörtester Art vor. Vor allem wären wohl die Gemeindeverbände zu fragen, was sie mit dem ihnen überwiesenen Del anfangen.

— **Kriegsteilnehmer als Reichstagsabgeordnete.** Mitglieder des Reichstags, die dem Heer angehören, sind für die Dauer seiner weiteren Tugungen zur Ausübung ihrer parlamentarischen Tätigkeit zu beurlauben. Ebenso sind Mitglieder des Ausschusses für den

